

30.09.2009 - 12:00 Uhr

Schulte fordert von Europa "Erleichterungen für Flughäfen" / Neuer Fraport-Chef legt drei Punkte umfassenden europäischen Forderungskatalog vor

Frankfurt (ots) -

Einen "drei Punkte umfassenden europäischen Forderungskatalog" hat der neue Vorstandsvorsitzende des Frankfurter Flughafenbetreibers Fraport, Dr. Stefan Schulte, vorgelegt. Vor Journalisten in Brüssel regte Schulte am Mittwoch die "vollständige Aufhebung der Flüssigkeitsregelungen im Handgepäck von Passagieren" an. Ebenso überleitete wie kostspielige Zwischenlösungen zur Flüssigkeitsbeschränkung seien allerdings abzulehnen. Dann sollten besser neue Technologien zum Detektieren von Flüssigkeit im Handgepäck abgewartet werden.

Schulte erklärte, die Sinnhaftigkeit der Sicherheitsbestimmungen im Luftverkehr müsse dringend überprüft werden. Für Umsteigeflughäfen wie Frankfurt seien die Prozesse am Boden so teuer und belastend wie die Kerosinkosten für die Fluggesellschaften, machten insgesamt 35 Prozent der gesamten Betriebskosten an europäischen Airports aus. Vor den Terroranschlägen des 11. September 2001 habe dieser Anteil bei fünf bis acht Prozent gelegen. Es sei auch angesichts der akuten Wirtschafts- und Finanzlage ein "Gebot der Stunde, den Flughäfen das wirtschaftliche Leben etwas zu erleichtern".

Zu dem Richtlinienvorschlag der EU-Kommission zu den Luftsicherheitsentgelten erklärte Schulte, dieser sei nicht kompatibel mit der neuen Richtlinie über Flughafenentgelte, gehe außerdem nicht auf die zentrale Verantwortung der Mitgliedstaaten ein. So enthalte der Vorschlag, der auf unabhängige Aufsichtsbehörden und Schlichtungsverfahren in Streitfällen abziele, keinen Hinweis auf die Verantwortlichkeit des Staates bei der Sicherheit. Schließlich sei die Terrorabwehr eine hoheitliche Aufgabe. Schulte forderte die Abgeordneten des Europaparlamentes auf, standhaft gegenüber den Vorstellungen der Kommission zu sein. Schließlich sei die Richtlinie zu den Entgelten erst vor einem halben Jahr novelliert worden.

Auch zur anstehenden Revision der EU-Slotverordnung äußerte sich Schulte kritisch. Im Rahmen ihrer Betriebspflicht hätten die Flughäfen während der Betriebszeiten eine funktionsfähige und allen Nutzern offenstehende Infrastruktur vorzuhalten. Der außerordentlich hohe Fixkostenanteil mache es erforderlich, dass die Flughafenkapazitäten effizient und wirtschaftlich ausgelastet werden. Brachliegende Kapazitäten an großen Hubflughäfen wie Frankfurt, die schon seit Jahren einen Nachfrageüberhang verzeichneten, können und sollten sich Volkswirtschaften nicht leisten.

Schulte forderte daher die Kommission zur Überarbeitung der Slot-Verordnung auf. Darin müssten ebenso "klare wie marktwirtschaftlich vertretbare Regelungen zur möglichst effizienten Nutzung der vorhandenen Infrastruktur enthalten" sein.

Schulte sagte, der Frankfurter Flughafen sehe sich in einer "Vorreiter-Rolle für nachhaltiges Wachstum und Verantwortung gegenüber der Umwelt" und verwies auf die Absicht seines Unternehmens, den Ausbau des Airports CO2-neutral zu gestalten und bis 2020 eine Emissionsminderung von 30 Prozent je Verkehrseinheit zu erreichen. Gemeinsam mit dem Flughafen München habe Frankfurt als erster deutscher Airport seit Anfang 2008 emissionsabhängige Flughafenentgelte im Rahmen einer mehrjährigen Testphase eingeführt. Deswegen habe sich Frankfurt auch einer Initiative europäischer

Flughäfen ("Airport Carbon Accreditation Scheme") mit der Verpflichtung zu nachprüfbaren CO2-Emissionsreduktionen und einer Verringerung des Energieverbrauchs angeschlossen.

Schulte verwies auch auf die "vorbildliche Rolle der Fraport beim Einsatz der Elektroautos". Zehn Prozent des Fuhrparks stützten sich auf zertifizierten Ökostrom, das erste serienreife Elektroauto in Europa sei in Frankfurt in einem deutschlandweit ersten großen Praxistest. Der Anteil der Elektroautos werde in den nächsten Jahren noch zunehmen.

Abschließend bezeichnete Schulte den Ausbau des Frankfurter Flughafens als entscheidend für die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit. Auch die Region Frankfurt/Rhein-Main könne sich dadurch als "ökonomisches powerhouse im europäischen Standortwettbewerb" behaupten. Der Ausbau von Deutschlands zentralem Luftverkehrsdrehkreuz sei eine nationale Aufgabe.

Pressekontakt:

Fraport AG
Unternehmenskommunikation
Pressestelle (UKM-PS) Telefon: 069 690-70555
60547 Frankfurt am Main Telefax: 069 690-55071

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100001508/100590840> abgerufen werden.